

Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister		Vorlage Nr.: 248/2024 öffentlich			
		Mitzeichnungen			
Dezernat: II FBL: Herr Rössler AbtL: Frau Friedt Verfasser/in: Herr Rössler					
Vorgesehene Beratungsfolge					
Gremium				Datum	
A.f. Soziales, Finanzen und Liegenschaften				11.06.2024	

TOP	Sicherung des Standortfaktors „Betreuung“ über die Lebenslinie hinweg für den Wirtschaftsstandort Bergheim Antrag der FDP-Fraktion vom 21.05.2024
------------	--

Beschlussvorschlag

entfällt

Erläuterungen:

1. Zielsetzung

Die Zielsetzung ergibt sich aus dem beigefügten Antrag (siehe Anlage).

2. Sachverhalt

Die Verwaltung bezieht zu diesem Antrag Stellung wie folgt:

1. Der Antrag der FDP-Fraktion geht davon aus, dass Kommunen als Wirtschaftsstandorte für die Gewährleistung von Betreuung „über die Lebenslinie hinweg“ der Angehörigen von Fachkräften zuständig sind. Eine solche (all-)umfassende politische Verantwortung der Kommunen als gegeben vorauszusetzen, vernachlässigt die rechtliche Gestaltung einer freien Gesellschaft und die subsidiäre Rolle des Staates und der Kommunen gegenüber Initiative der einzelnen Person und ihrer Familie.
2. Der Antrag setzt den Rechtsanspruch für Vorschulkinder auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder der Offenen Ganztagschule mit Ansprüchen im Sozialversicherungs- und Sozialleistungsrecht gleich. Letztere haben aber die gezahlten Beiträge oder die Leistungsfähigkeit des Anspruchsberechtigten als Bezugspunkt. Der Anspruch bei Kinderbetreuung richtet sich gegen die Kommune als Wohnort, der Anspruch bei Pflegebedürftigkeit gegen die Pflegeversicherung, ist örtlich ungebunden und richtet sich nicht gegen die Kommune. Wegen der dadurch möglichen ganz unterschiedlichen Konsequenzen ist eine solche Gleichsetzung rechtlich problematisch und praktisch undurchführbar.
3. Auch die notwendige Qualifikation des jeweiligen Personals ist verschieden. Zudem haben Kindertageseinrichtungen und die Offene Ganztagschule nicht nur einen Betreuungs-, sondern auch einen Bildungsanspruch, der sich mit den Anforderungen an die Betreuung Pflegebedürftiger kaum vergleichen lässt. Insofern ist die Verwaltung nicht in der Lage, diesen vereinheitlichenden Ansatz der FDP-Fraktion in Bezug auf Betreuung und die Gewinnung von Betreuungspersonal fachlich zu würdigen.
4. Bei dem Fragenkatalog der FDP-Fraktion handelt es sich einerseits um statistische, andererseits um konzeptionelle Fragen. Hinsichtlich der statistischen Fragen 1-7 verweist die Verwaltung auf die Ratsvorlage 522/2023 (die Ermittlung aktuellerer Zahlen befindet sich derzeit in Arbeit). Hier ist Bezug auf die aktuelle Kommunale Pflegeplanung des Rhein-Erft-Kreises genommen, ferner auf die Prognose zur Bevölkerungsalterung, die der Verwaltung vorliegt. Zu Frage 8: Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist die Verwaltung nicht berechtigt, anlasslos familiäre und verwandtschaftliche Verhältnisse von Bürgerinnen und Bürgern auszuforschen. Hinsichtlich der konzeptionellen Fragen 9-12 verweist die Verwaltung darauf, dass sie im Rahmen des Bundesförderprogramms „Zukunftswerkstatt Kommune“ (ZWK) bis zum Jahresende den Entwurf einer Demographiestrategie für die Kreisstadt Bergheim erarbeiten wird, der sowohl der Bürgerbeteiligung als auch der Behandlung in den Ratsgremien zugeführt wird und die von dem Antrag der FDP angesprochenen Probleme behandeln wird. In einem ersten Schritt wird die Verwaltung bis zum Herbst den Entwurf eines in einem fachlichen Beteiligungsprozess erarbeiteten Seniorenkonzeptes dem zuständigen Ausschuss zuleiten.

3. Alternativen/Einsparpotenziale (Prüfung einer kostengünstigeren Aufgabenerledigung einschl. der Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit)

entfällt

4. Darstellung der Auswirkungen auf den Ergebnisplan, den Finanzplan und die Bilanz (lfd. Haushaltsjahr und Folgejahre, inkl. Folgekosten bei Investitionen)

entfällt

5. Darstellung der klimaschutzrelevanten Auswirkungen (ab 1. Quartal 2021)

entfällt

6. Bürgerbeteiligung

entfällt

7. Überprüfung der Zielerreichung (Messinstrumente und –zeitpunkt)

entfällt